

## UN ignorieren Gerichtsurteile Mission in Bosnien beharrte auf Entlassung von Polizisten

**Bernhard Küppers** Süddeutsche Zeitung  
February 17, 2007

Wien - Unwirsch reagieren in der Regel internationale Organisationen, wenn sich jemand ungerecht von ihnen behandelt fühlt. Ein Beispiel hierfür ist die Korrespondenz zwischen dem früheren Hohen Repräsentanten in Sarajewo, Paddy Ashdown, und UN-Untergeneralsekretär Jean-Marie Guehénno in New York. Den Briefwechsel hat jetzt die Vereinigung Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) veröffentlicht. Der Brite und der Franzose tauschten sich vor vier Jahren darüber aus, wie nach bosnischen Protesten und Gerichtsurteilen, die eine Aussonderung von mehreren hundert Bosniern aus dem Polizeidienst für nicht rechtens erklärten, nun zu verfahren sei. UN-Polizeiinspektoren hatten zuvor ihre Disqualifizierung ohne Anhörung und Einspruchsmöglichkeit ausgesprochen.

### "Auf dem Berg Olymp"

Zuerst schrieb Ashdown alarmiert, die bosnischen Gerichte stellten mit ihren Urteilen zu Gunsten der Betroffenen den personellen Umbau der Polizei in der Serbenrepublik und der muslimisch-kroatischen Föderation in Frage. Die UN-Mission und ihre Internationale Polizei-Einsatztruppe (IPTF) hatten nach dem Bosnien-Krieg etwa 800 von 17 000 Überprüften für den Dienst in der Polizei disqualifiziert. Guehénno intervenierte gemäß dem Ersuchen Ashdowns und erklärte die Überprüfung des Personals der Polizei für "endgültig und bindend". Als dem aber nicht alle Gerichte folgten und einige weiter die Wiedereinstellung von Polizisten verlangten, forderte Guehénno - zunehmend gereizt - vom kollektiven bosnischen Staatspräsidium, "die nötigen Schritte" zu unternehmen.

"Auf dem Berg Olymp", heißt der ESI-Bericht. Untertitel: "Wie die UN Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina

verletzte und warum nichts zur Korrektur getan worden ist." Die UN-Mission gehörte bis 2002 zu den Säulen unter dem Dach des internationalen Bosnien-Beauftragten. Dessen Amt soll dieses Jahr zu Gunsten einer EU-Mission aufgegeben werden. Was die internationalen Götter mit Normalsterblichen in Bosnien anstellten, griff die Forscher- und Ratgebergruppe ESI nicht zuletzt im Blick auf die Zukunft des Kosovo auf. Dort soll die UN-Verwaltung UNMIK dieses Jahr nach einer endgültigen Abtrennung der Provinz von Serbien durch eine zivile Mission abgelöst werden, die im Wesentlichen von der EU gestellt würde.

Ihr Chef soll ähnliche Befugnisse zum Absetzen widerspenstiger Amtsinhaber haben, wie sie in Bosnien noch die Vorgänger des jetzigen Hohen Repräsentanten Christian Schwarz-Schilling ausgiebig nutzten. "Internationale Verwaltungen, die Demokratie, Achtung der Menschenrechte sowie Recht und Ordnung fördern sollen, können es sich nicht leisten, diese Prinzipien in ihren eigenen Aktivitäten zu missachten", befindet ESI und schlägt zur Kontrolle einen Ombudsmann vor.

Die Juristen in der Venedig-Kommission des Europarats bemängelten vor zwei Jahren, dass die IPTF die Polizisten nicht angehört und ihnen keine Möglichkeit zum Einspruch gelassen habe. Auch nach Ansicht der beratenden Kommission sollte die Autorität von UN-Mission und IPTF in Bosnien aber nicht dadurch "unterminiert" werden, dass deren Entscheidungen - statt von den UN selber - von bosnischer Seite "noch einmal aufgerollt" werden. Längst haben sich aber schon Vereinigungen der ausgesonderten Polizisten gebildet, die bis vor den Menschenrechtshof in Straßburg ziehen. Bosniens letzter Minister für Menschenrechte, Mirsad Kebo, sympathisierte mit ihnen.